

Bezugspreis

Der Halle Vierteljährlich 2,50 M., bei
premierer Bestellung 2,75 M., durch
den Post 3 M., monatlich 3 M.,
einmonatlich 1 M., ohne Postgebühren.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen.
Nr. 5585 des amtl. Zeit.-Verz.

Für die Redaktion verantwortlich:
Dr. Ernst Schulze in Halle.

(Herausgeber-Verbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg etc.
ausgibt-Nr. 174.)

Saale-Zeitung.

Einunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen

Werden die Spaltenreihen deren Raum
mit 20 Bl. (siehe auch Halle mit
15 Bl. berechnet und in der Expedition,
von untern Annahmestellen und allen
Annoncen-Expeditionen angenommen.
Bestellen die Preis 60 Bl.
Erhalten die laufende postl. und
Genuß und Abdruck einmonatlich
sind premissal möglich.
(Der Abdruck unserer Original-Artikel
ist nicht gestattet.)

Nr. 512.

Halle a. d. Saale, Montag den 1. November.

1897.

Deutsches Reich.

Sof- und Personalnachrichten.

Berlin, 31. Okt. Ueber den Antritt des Kaisers in
Liebenberg liegen Mittheilungen heute nicht vor.
Zum Darmstädter Hofball besaß eine Karlsruher
Gesellschaft zugehörige offizielle Notiz: „Einige Mitglieder
waren dort, an die Rücksicht von dem geplant gewesen, aber
infolge der Anwesenheit von Darmstadt nicht zur Ausführung
gekommen. Der Besuch des Großherzogs bei dem Kaiser von
Büchsenwägen wurde nicht zu Stande kommen. Demgegenüber
bemerkten wir, daß nach unsem, aus besserer Quelle geschöpften
Informationen die Angelegenheit durch sich die Frage
welche ist, die für in einem Ziele der Presse begleitet worden
ist.“ — (Wirre es dann nicht richtiger gewesen, die Sache
überhaupt nicht erst in die Öffentlichkeit zu bringen?) Nach einem
höflichen Briefe sollte Hofball von Schadow-Büchsenwägen
des Großherzogs von Baden eine mündliche Entschuldigung des
Hofes überbracht haben.

Herr Hofenlohe und die Militärstrafprozessreform.

Berlin, 31. Okt. Bei dem Besuche, den der Kaiser vor
seiner Abreise nach Liebenberg dem Reichsfinanzminister Hofenlohe
abstufte, ist die Entscheidung zu Gunsten des Reichs-
finanzministers und der Militärstrafprozessreform gefallen. Herr
Hofenlohe wird daher jetzt endlich imstande sein, den Gesetz-
entwurf einzubringen und damit die Fassung zu erfüllen, die er
bereits am 18. Mai 1896 gemacht hat. Herr v. Büchsenwägen hat
allerdings schon am 6. Mai d. J. in einer seiner unglücklichsten
Ausführungen erklärt, Herr Hofenlohe habe bereits dadurch,
daß der Entwurf im v. J. an den Bundesrat gelangt sei, seine
Fassung in vollem Umfang erfüllt. Aber der jetzt entlassene
Staatssekretär überließ dabei, daß der Reichsfinanzminister die
Vorlegung des Entwurfs nicht nur an den Bundesrat, sondern
an die getragenen Körper des Reichs versprochen hatte, und
zu ihnen geht auch der Reichstag. Jetzt wird also nachge-
holt, was bisher versäumt war. Eine andere Frage ist es,
wie der Entwurf ausfallen wird, ob er dem entspricht, was die
Mehrheit unter modernen Rechtsanschauungen versteht. Aber
darüber kann man streiten, darüber könnte selbst Herr Hofenlohe
andere Meinung sein als die Mehrheit, ohne daß ihm
bedenken vorgebracht werden könnten, er habe seine Fassung
nicht erfüllt. Da aber der Reichsfinanzminister in die Lage ge-
setzt wird, wenigstens für ein Jahr zu erfüllen, so erachtet
man um so deutlicher, wie verfehlt es war, diese Entscheidung
sofort auszulassen und dadurch fortwährend ein Gefühl der
Unsicherheit und Unruhe zu erzeugen, wie es nahezu die ganze
Regierungszeit des Fürsten Hofenlohe hindurch geherrscht hat.
Der drei Jahre hindurch die Entscheidung des Entwurfs, wenn
anders eine Berücksichtigung des Volksentscheides, eine
glänzende Einwirkung gemacht und der Regierung wesentlich
genützt. Heute erachtet die Entscheidung des Entwurfs wie ein
den maßgebenden Kreisen abgerungenes Zugeständnis, das sie
nur umgarn und widerwillig machen. Der politische Nutzen der
Entscheidung besteht daher nur in der Verhütung einer weiteren
Annahme der Verfassung. Gewinnen kann die Regierung
dabei das Volk nicht mehr. Man sagt sich jetzt, die Ent-
scheidung sei zu Gunsten der Entscheidung des Entwurfs han-
delt, deshalb gefallen, weil man sonst sehr bedeutende Folgen
den nachdringlichen Wahlen befürchtete. Diese Befürchtung
war begründet. Aber die Hoffnungen, die jetzt gesetzt werden,
sind eitel, denn im Volk wird man allgemein annehmen, daß
die Entscheidung eben nur mit Rücksicht auf die nächsten Wahlen
erfolgte, man wird deshalb noch nicht glauben, daß die Regierung
jetzt geneigt sei, einen liberaleren oder demokratischeren Kurs
als bisher zu verfolgen. Zu den letzten Session vor den
Wahlen stiegen neue Steuerforderungen auszubringen und einige
Reformen vorgezogen zu werden. Man hat ja auch schon
angedeutet, daß jetzt die Vorlage wegen Entschädigung für
unzulässig erlassene Strafsatz eingehen solle. Wir halten nicht
einmal für ausgeschlossen, daß jetzt auch Pläne für die
Reichsstaatsangelegenheiten beabsichtigt werden, so es ist sogar möglich,
daß der Bundesrat dem Reichsvereinsgesetz, wie es vom
Reichstag beschlossen ist, zustimmt. Vom Standpunkt der Re-
gierung wäre damit nur hingehandelt, aber nach all den Vor-
gängen der letzten drei Jahre würden solche Zugeständnisse heute
doch nicht viel mehr wie einzelne Kröpfen auf dem heißen
Stein. Jedemfalls ist mit der Entscheidung vom 29. Oktober
die Frage der Kaiserkrisis einzuwickeln aus der öffentlichen
Erörterung ausgeschlossen. Jetzt wird ohne Zweifel Herr
Hofenlohe noch im Amt bleiben, und es ist wohl wahrscheinlich,
daß er nun auch noch bei der nächsten Wahlbewegung an der
Spitze der Geschäfte stehen werde. Um übrigens wird man der
weiteren Entwicklung der Dinge mit Ruhe entgegensehen. In
den maßgebenden Stellen aber wird man aus der ganzen Vor-
geschichte des Gesetzentwurfs über die Militärstrafprozessreform
die gute Lehre entnehmen können, daß man am besten thut,
bedenkliche recht schnell zu gehen, was dann auch auf die Dauer
nicht verweigern kann.

Herr v. Rotenburg.

Der frühere sozialreformatorische Unterstaatssekretär und
jetzige Kurator der Universität Bonn wird von der „Post“ in
gewöhnlicher Weise angegriffen und dem Kultusminister
wärmstens zur Abweisung empfohlen, weil er es sich erlaubt
hätte, in einer Seite von sehr unglücklichen, gediegenen
Artikeln in der „Soz. Progr.“ seine freisinnigen Ansichten
über das Realisationsrecht niederzulegen. Die „Post“ braucht
diese Ansichten ja nicht zu theilen — niemand wird das von
dem Munde des Herrn v. Rotenburg verlangen — aber sie thun
mit einer Überlegenheit mit einer Demagogie zu beunruhigen,
das ist bei diesem Organ wohl nicht neu, muß aber immer

wieder zurückgewiesen werden. Das Blatt schrieb u. a. voller
Entsetzen:

„Nicht nur die preussischen Beamten, sondern auch die
familiären deutschen Fürstendämmer pflegen sie (die Universität
Bonn) zu belegen, die Sonne ihrer hohen Staatsbeamten
und der obersten Gesellschaftsklassen reifen sich dort ihnen an.
Obgleich von dem Kurator einer Universität seinen Einfluß
darauf hat, was von Kabinett vorgetragen wird, so gilt er
doch und gilt bisher auch in Bonn als eine Art geistigen und
gesellschaftlichen Mittelpunktes, so daß die Frage geradezu
erhebt, ob es für die Erziehung der Jugend aus den ersten
Familien des Landes zureichend sein möchte, unter den Einfluß
eines Mannes zu kommen, der als Vorkämpfer im Emanzipa-
tionskampfe des vierten Standes mit bereit gemachten
geistigen Produktionen an die Öffentlichkeit zu treten beliebt.
Man wird das nicht nur für eine eukhoristische, sondern auch
für eine einseitige politische Frage halten dürfen und wünschen
müssen, daß die, so es angeht, sich mit ihr ernst be-
schäftigen möchten. Sedenfalls beweist aber das schreiende
Verhalten des Herrn v. Rotenburg, der in bereit gemachten
geistigen Produktionen sich freudig auf die Seite der politischen
Emanzipationsbestrebungen der einen, und zwar der mit
Revolutionen drohenden Seite stellt, daß die Frage der
academischen Disziplinargewalt keineswegs bei den
Privatdozenten oder den Professoren ihren Abschluss findet.
Nun, welches dieser beide Wege man zu gehen lassen
möchte, dürfte Herr v. Rotenburg mit seinen neuesten jour-
nalistischen Leistungen einen recht schlechten Gefallen erweisen
haben.“

Also wohl bringen und fürstlichen nach Bonn gehen, des-
wegen darf der Kurator nicht frei seine volkswirtschaftliche
Ansicht äußern! Nur eine echte Katastrophensituation kann zu der-
artigen Forderung gelangen!

In derselben Nummer leistet sich die „Post“ auch einen
wunderbaren Ausfall gegen den nationalliberalen Reichstags-
kandidaten Hansen in Kiel, dessen sozialreformatorische Ge-
sinnung wir neulich schon hier hervorheben konnten. Daß
dieser Mann Arbeiterwohnungen unter finanzieller Anspruch-
nahme des Fonds der Alters- und Invalidenversicherung gebaut
wissen will — „jogannete Arbeiterwohnungen“, sagt die
„Post“ —, das gereicht ihm zum höchsten Verbrechen in den
Augen des genannten Organs. Die Gesinnung, wie sie
sich hier zeigt, steht mit der im Falle Rotenburg bewiesenen
aber jedenfalls in schärfster Entzweiung.

Die Wahl in der Westpreußen.

XX Berlin, 31. Okt. Der Antritt der Reichstagsver-
sammlung in der Westpreußen bedeutet einen neuen Fortschritt des
entgegenstehenden Liberalismus. Während vor vier Jahren der
konservative Kandidat gleich im ersten Wahlgang gewählt
wurde, kommt diesmal der Kandidat der Volkspartei, Land-
tagsabgeordneter Max Schulz, in die Stichwahl mit dem
konservativen Kandidaten v. Salbern. Neben den beiden
Kandidaten, die in die Stichwahl gelangt sind, bewarben sich
als Vertreter der sozialdemokratischen Partei der Schneider
Pinze aus Stendal und als Kandidat der Antisemiten der
Rechtsanwalt Wolfahrt aus Ratzenow. Bei der letzten
Wahl im Jahre 1893 trat neben dem konservativen, dem
sozialdemokratischen und dem Kandidaten der freisinnigen
Volkspartei auch ein Kandidat der freisinnigen Vereinigung
auf. Damals wurden von 17,465 Wahlberechtigten 12,524
Stimmen abgegeben, der konservative Kandidat v. Pöb-
stien siegte im ersten Wahlgang mit 6265 Stimmen.
Außerdem wurden abgegeben 2960 Stimmen für den Kan-
didaten der freisinnigen Volkspartei Max Schulz, 1798
Stimmen für den Kandidaten der freisinnigen Vereinigung,
Eduard Rothmann in Berlin. Das jetzt vor-
liegende Ergebnis der Reichstagswahl zeigt einen starken
Wachstum der konservativen Stimmen, aber die Antisemiten haben
eine erhebliche Stimmenzahl gewonnen. Das ist, wie die
einzelnen Wahlergebnisse ergeben, sowohl auf Kosten der Frei-
sinnigen wie der konservativen Partei geschehen. Ein einzelnen
Orten ist auch ein Wachstum der sozialdemokratischen Stimmen
festzustellen. Der Wahlkampf war ein äußerst heftiger. Die
konservative Partei ließ es an Anstrengungen und der üblichen
Wahlbeeinflussung nicht fehlen, um den mit Ausnahme einer
einzigsten Legislaturperiode konservativ vertretenen Wahlkreis zu
erhalten. Besondere Anstrengungen entfalteten die Antisemiten.
Ihnen lag daran, nach den vielfachen Beschlüssen und Ent-
scheidungen vor den Neuwahlen einen Erfolg zu erzielen.
Monate hindurch haben sie in Stadt und Land eine eifrige
Agitation getrieben. In den letzten Tagen wurde mit Hoch-
druck gearbeitet. Der ganze antisemitische Generalstab und die
Reichstagsabgeordneten Riebermann v. Sonnenberg, Zimmer-
mann und Hildebrand hielten sich im Wahlkreis auf. Die
sozialdemokratische Partei, der vielfach die Säle ver-
weigert wurden, arbeitete vor allem durch Flugblätter
und von Verfall zu Verfall. Auch die freisinnige
Volkspartei war mit Energie in den Wahlkampf eingetreten
und hat ihn trotz der schärfsten Bekämpfung von links und
rechts bisher erfolgreich durchgestanden. Nach dem Ergebnis der
Stimmzahl und der oppositionellen Stimmung im Wahlkreis
ist die Hoffnung nicht unbedeutend, daß dieser Wahlkreis der
konservativen Partei entziehen wird.

Verordnung und Reichsgericht.

Ueber das Extraordinarium für die Eisenbahn-
verwaltung im nächsten preussischen Staat schreibt man
offiziell:

„In dem laufenden Jahre ist der Eisenbahnverwaltung mit
Recht schon der Höhenanstieg an dem Extraordinarium zu-
gegangen. Mit dem berechtigten Gesichtspunkte, die vielen
bedauerlichen Eisenbahnunfälle vorzubeugen, ist allgemeine
Staatsausgaben zu verzeichnen, sondern auch ihnen in erster
Linie die Bedürfnisse der Staatsbahn von zu befriedigen.“

begegnet sich der andere, nicht minder berechtigten Gesichtspunkt,
auf schonende Einnahmen nicht über das unbedingt notwen-
dige Maß hinaus dauernde Ausgaben zu tätigen. Alle diese
Momente machen sich für das Finanzjahr 1898/99 in noch
höherem Maße geltend, als für das laufende Jahr. Man
wird daher in der Annahme nicht irren können, daß der Extra-
ordinarium des Staats der Eisenbahnverwaltung noch beträcht-
lich höher bemessen werden wird, als für das laufende Jahr,
und daher voraussichtlich den höchsten Betrag erreichen
wird, welcher bisher für die einmaligen Ausgaben der Eisen-
bahnverwaltung tatsächlich überhaupt in einem Jahre bereit-
gestellt ist. Wie in dem Etat des laufenden Jahres eine
Einzelschickliche Summe (12 Mill. Mark) zur Vermehrung des
Wagenparks ausgedacht ist, so wird zweifellos auch in
dem nächstjährigen Etat eine sehr erhebliche Summe für die
Vermehrung der Betriebsmittel gefordert werden.“

* Endlich scheint man dem Mangel an Betriebs-
personal auf einzelnen Eisenbahnen ernstlicher als bisher zu
Leide zu werden; zu ersten Bedenken sollte man ja in dieser
Hinsicht schon längst gegangenen Maß. Nach der „St. Ztg.“
erläßt eine Betriebsdirektion folgendes:

„Es hat sich herausgestellt, daß in der letzten Zeit das zur
Veränderung von Bedarfs- und Substitutions erforderte
Zugbedienstungspersonal gar nicht oder doch nur mit Schwierig-
keit gestellt werden können. Die Betriebsbetriebsstellen
werden daher ausgiebig für die Veranschlagung und Ein-
stellung der auf den betreffenden Stationen erfahrungsgemäß
zeitweise erforderlichen Hilfskräfte in ausdehnendem Maße
ausgehoben, die Sorge zu tragen und mit größter Sorgfalt darauf
hinzuwirken, daß diese Hilfskräfte rechtzeitig und vorrich-
tig gestellt werden können. Es soll deshalb auch festgesetzt
werden, auf welchen Stationen die nicht zum regelmäßigen
Substitut erforderlichen, sondern auch in Ersatzleistungen
und bei außerordentlichen Anforderungen des Bedarfs not-
wendigen Hilfskräfte jetzt nicht vollständig vorhanden sind und
auf welchen Stationen und in welcher Anzahl neue Hilfskräfte
anzustellen sind.“

* Gegen die preussisch-hessische Eisenbahn-Ver-
waltung ist eine ganze Reihe von Klagen eingeleitet, da sich die
Verwaltung weigert, die durch die Verkehrsbedingungen und die
dadurch bewirkte Verzögerung der Güterabfertigung benach-
teiligten Geschäftsleute zu entschädigen. Besonders hohe Schad-
enerschädigungen stellen einzelne Doppelhäubler, von denen einer
den Markt verlassen hat. Da gerade Doppelhäubler war, sind
gerade Klagen eingeleitet, die nach Klagen ein in hoher Höhe
ausgefallen liegen bleiben, für die Versicherung unbrauchbar ge-
worden. Ferner gingen den Geschäftsleuten große Verbindungen
zu Grunde, wofür jetzt Schadenersatz verlangt wird.

* Eine Nachricht, wonach außer anderen auch deutsche Bahnen
bestimmte Wagen beschlagnahmt hätten und unter Zahlung
von Geldstrafen zurückgelassen, um sie durch den Schaden zu
Vermeidung zu verhindern, ist in Berlin ein in hoher Höhe
mangel eingetreten ist, daß den belästigten Schaden nur 40 Proz.
der gelieferten Wagen gestellt werden konnten, wird offiziell
als völlig unzutreffend bezeichnet. Ueber die wechselläufigen
Nachte in Bezug auf die Ausübung ickendlicher Wagen betrie-
ben. Wenn belästigt auf inländischen Eisenbahn-
linien zur Verwendung gelangen, so enthält das den unter-
nollen Annehmungen. Von einer Beschlagnahme solcher Wagen
kann keine Rede sein.

* Die Steuereinnahmen an Zölle und Verbrauchssteuern
hat für die erste Hälfte des laufenden Etatsjahres 334,8 Millionen
oder 3,5 Millionen mehr wie im ersten Semester 1896/97 be-
tragen. Die Zölle haben einen Rückgang von 7,2 Millionen, die
Verbrauchssteuern einen Zuwachs von nahezu 11 Millionen
von 9,7 Millionen aufzuweisen. Der Rückgang des Zolls
auf der Zundersteuer auf 5,3 Mill. — Das die übrigen Ein-
nahmen betrifft, so weist die Zundersteuer immer noch ein kleines
Ueberschuss auf, die Post- und Telegraphenverwaltung hat jedoch
ein Mehr von 11,7 Millionen und die Reichseisenbahnverwaltung
von nahezu 2 Millionen zu verzeichnen gehabt.

* Die Reichsregierung hat sich bezüglich des Reichsstaats-
haushalts für das laufende Jahr die handlungs- und
Wahnsinnigen vorbehalten, daß wenn Verhältnisse von Subventionen
erhöht werden sollen, die nicht durch ein Mitglied des Aus-
schusses vertreten sind, dann nicht nur Sachverständige, sondern
auch Kommissionen aus hoo ernannt werden, die alsdann durch
ihre Sach- und Sachkenntnis imstande wären, die nötigen Ver-
rechnungen der Sachverständigen zu stellen.

* Nach einer neueren Meldung aus Berlin soll die Sitzung von
aus erwählte, auf den 2. November dem Abgeordneten Ver-
band zu Gunsten der Deutschen in Österreich erbe-
rufene öffentliche Versammlung in Berlin nur unter
der Bedingung zugelassen werden, daß Österreich nicht das
Wort gegeben wird. Die österreichischen Abgeordneten Wolf,
Prade und Franz haben für Ergehen in dieser Versammlung
erklärt, die Regierung hat aber doch nicht das Recht,
eine Versammlung anzulassen oder nicht zuzulassen, sondern
eine ordnungsmäßig angeordnete Versammlung nach dem Gesetz
stattfinden. Das einzige, was die Regierung verfügen könnte,
wäre die Ausweisung der österreichischen Abgeordneten, obgleich
der Regierung die Ausweisungserlaubnis doch nicht auf dem Wege
der Regierung zu haben in Bezug zu verzeichnen, die ausländischen
Regierungen unangenehm sind.

* In dem gegen den Reichsminister v. Tolstoj anhängig
gemachten Disziplinarverfahren haben nunmehr mehrere Jour-
nalisten, die in dem vorigen Prozeß als Zeugen fungierten, Ver-
bündungen vor den Disziplinartribunal erdienen.

* In dem Prozeß v. Siedler-Stumm ist nach einem Sieden-
schen Degen auf den 2. November der Termin vorm Landgericht
in Gera erdienen anberaumt worden.

* Am vergangenen Sonnabend, so berichtet man der „Ger-
mania“, ist von dem Schöffengericht zu Walsowitz in Ober-
schlesien eine Frauensperon mit einer Kastrate von
24 Stunden bestraft und sofort in Haft abgeführt worden, weil
sie nicht die Hände gebunden hat. Auf die wiederholte Ver-
weigerung der Frau, das sie nicht denken werden kann, ver-
urteilt die vorstehende Richter genannten Gerichtsbescheid, weil
die Frau nach seiner Meinung nicht die Hände gebunden hat.
Nach einer Instruktion der Staatsanwaltschaft ist aber der Richter
einem solchen Vorgehen gar nicht befugt, weil er es nicht er-
fordern könnte, ob jemand der deutschen Sprache mächtig ist oder
nicht. Ein eventuelles Urteil darüber hätte höchstens dem Dol-
metscher zu tun. Am ist es aber nicht möglich, daß der Dolmetscher

der der Schöffengerichtshofung von Anfang bis zu Ende be-
genutzt hat, um seine Ansicht nicht bekräftigt werden zu
lassen. Die Sache verdient ebenfalls, im Abgeordnetenhaus
zur Sprache gebracht zu werden.

Der Gerichtshof zur Aufhebung der Kompetenz-
urteile, der durch die Anträge des Reichstages
genannt und nach Erlass des deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes
durch die Verordnung vom 1. Aug. 1879 reorganisiert worden ist,
beginnt am Sonnabend die Feier seines 50-jährigen Bestehens.
Im Auftrage des Kaisers hat Prinz Sodenbrot aus diesem
Anlass dem Gerichtshof die Anerkennung und den Glückwunsch
des Kaisers überreicht. Auch vom Staatsminister, dem der
Gerichtshof unterstellt ist, ist dem Gerichtshof ein Glückwunsch-
schreiben zugegangen.

In einem Prozesse zu Hamburg gegen den Verleger der
inzwischen eingegangenen antisemitischen Zeitung: „Die
Wahrheit“, Sünder, und den Zweifler Wang in Altona wegen
Verleumdung des Kommerzienraths Wiedemann und des
Kaufmanns Semers wurde, dem Hamburg-Korrespondenten
zufolge, das frühere Urtheil, auf 8 resp. 6 Monate Gefängnis
lautend, aufreht erhalten.

Der Chefredacteur der „Münchener Neuesten Nachrichten“,
Wormann, ist wegen Verleumdung des Verlegers des
antisemitischen Deutschen Generalanzeigers, Seelager, in
Berlin zu 200 M. Geldstrafe und zur Tragung der Kosten des
Verfahrens verurtheilt worden. Gegen dieses Urtheil hat der
Verleumdete Berufung eingelegt.

Landwirthschaftliches.

Dass die Landwirthschaftskommissionen darauf aus-
gehen, durch die Notirungskommissionen nicht die
wirthlich gezeigten Preise, sondern höhere Preise feststellen zu
lassen, dafür hat die Posener Landwirthschaftskommission
in einem schlagenden Beweis geliefert. Sie hat nämlich,
wie wir der „Pos. Zig.“ entnehmen, an einzelne landwirth-
schaftliche Lokalvereine der Provinz die Aufgabe gerichtet, ob
die Verordnungen der Notirungskommissionen für die Märkte
Köpen, Pissa, Frankfurt, Posenau und Rawitsch durch ein
Wittigals aus dem Kreise der Landwirthe eine Maßregel sei,
die einen günstigen Einfluss auf die Lokalpreise
haben würde. Ueber diese Aufgabe wurde in der letzten
Versammlung des landwirthschaftlichen Hauptvereins der Kreise
Pissa, Rawitsch, Schmiegel, Köpen, Frankfurt und Gostyn ver-
handelt. Während von der einen Seite behauptet wurde, dass
die Verordnungen der genannten Märkte stets ein fallendes
Preis geben würden, hat die große Majorität der wirthlich
thätigen Bauern nicht an dem Markt gehandelt, sondern
überhaupt die Geschäftsabfälle nach der Westpreuser Seite
zu schicken, wurde von anderer Seite argwöhnt, dass bei
mangelnden Getreidemengen, Weizen und Hafer, ein Verkaufs-
verbot unter der Bedingung, dass die Preise der Produzenten
unter, die in erster Linie von den Produzenten kaufen, auf
die örtlichen Preise angewiesen seien. Gleichwohl machte
sich die Mehrheit dahin schuldig, nur für Pissa einen Land-
wirth, der die Unzufriedenheit der Landwirthschaft, namentlich des
Kreises, bezüglich wahrnehme, in Vorschlag zu bringen.

Wie der „Hamb. Storr.“ meldet, hat der französische
Dampfer „Léonide et Marie“, welcher am Sonnabend den
Hamburger Hafen verließ, um die Inseln nach Havre und anderen
Bretischen Häfen zu besuchen, eine für diese Inseln höchst
wichtige Ladung in Hamburg gelassen. Die Ladung besteht
aus 100000 Stück Weizen und Weizenklein, das ge-
nannte Boot bemerkt hierzu, es dürfte dies der erste Fall
sein, dass ein Schiff eine derartige volle Ladung von Deutschland
nach Frankreich befördert.

Aus dem Vorlande der Centralstelle zur Vor-
berathung der Reichsversammlung in Berlin über die Reichs-
regierung der Herren Dr. Martinus-Verlin, Colenbusch, Zschundt
und Dr. Dreyfus-Sommerda in den auf Vorschlag des Central-
verbandes Deutscher Industrieller vor kurzem gebildeten Reichs-
parlamentarischen Ausschuss zur Begründung handelspolitischer Maß-
nahmen (Vollbericht) berichten.

Soziale Angelegenheiten.

Nach amtlicher Mittheilung hat die Zahl der seit dem In-
trittsdatum der Invaliden- und Altersversicherungsgesetze bis
zum 30. Sept. d. Z. bewilligten Invalidenrenten 277,859
betrugen, wovon am 1. Okt. d. Z. noch 198,854 liefen. Die
Zahl der während desselben Zeitraumes bewilligten Alters-
renten betrug 312,708, wovon am 1. Okt. d. Z. 203,910 liefen.
Die Zahl der während desselben Zeitraumes bewilligten Alters-
renten betrug 312,708, wovon am 1. Okt. d. Z. 203,910 liefen.
Die Zahl der während desselben Zeitraumes bewilligten Alters-
renten betrug 312,708, wovon am 1. Okt. d. Z. 203,910 liefen.

Der Senat von Hamburg beantragt bei der Bürger-
schaft die Bewilligung eines Staatszuschusses für eine zu er-
bauende Seilstraße für unbemittelte tuberkulöse Kranke.
Ein Bürger der Stadt Hamburg, der nicht genannt zu sein
wünscht, hat sich bereit erklärt, für die Erbauung dieser Seil-
straße 250,000 M. eigenen Vermögens zu stellen. Es würde für
den Reichstag sehr erwünscht sein, so nicht nur eine wirthschafts-
politisch anerkannte, sondern auch eine um die soziale Ge-
sundung verdiente politische Kraft wiederzuhalten. Die Be-
achtung, welche rechts und links die in Stamm ausgeprochenen
Wohnungen seiner gefunden, zieht die Gewand, dass in dem lo-
blich unterrichteten Kaiserreich die Seilstrassen, welche die
Kranken beruhigen wird. Die Seilstrasse ist doch noch
sehr fraglich, da in Duisburg das Centrum mindestens ebenso
stark ist wie die Nationalliberalen und auch die Sozialdemokratie
einen beachtenswerthen Partis darstellt.

Politische Nachrichten.

Aus dem Wahlkreis Duisburg-Austrick kommt die Nach-
richt, dass als Kandidat für das Reichstagsmandat, welches bis-
her Dr. Hammerer inne hatte, der Landtags- und frühere
Reichstagsabgeordnete Müller in Aussicht genommen ist. Die
Wahl für den Reichstag sehr erwünscht sein, so nicht nur eine wirthschafts-
politisch anerkannte, sondern auch eine um die soziale Ge-
sundung verdiente politische Kraft wiederzuhalten. Die Be-
achtung, welche rechts und links die in Stamm ausgeprochenen
Wohnungen seiner gefunden, zieht die Gewand, dass in dem lo-
blich unterrichteten Kaiserreich die Seilstrassen, welche die
Kranken beruhigen wird. Die Seilstrasse ist doch noch
sehr fraglich, da in Duisburg das Centrum mindestens ebenso
stark ist wie die Nationalliberalen und auch die Sozialdemokratie
einen beachtenswerthen Partis darstellt.

Der Vorstand der konservativen Partei des letzten meck-
lenburgischen Wahlkreises hielt in Sitrow unter Anwesenheit des
früheren Reichstagsabgeordneten General von Schellens
eine Sitzung ab, wobei Herr General von Schellens den
Kandidatur bereit erklärte. Der jetzige Vertreter des Kreises
ist Graf v. Schillens-Schliessenberg, Capitän der kon-
servativen Fraktion. Der Bezirk ist von den Freiwählern und
den Sozialdemokraten ziemlich gleichmäßig stark bedeckt.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für den dritten
berliner Wahlkreis, Kaufmann Bogner, der zur Zeit
Verhinderung wegen der Schwere der Krankheit, die ihn
erkrankete, wird durch den General von Schellens
als Ersatz bereit erklärt. Der jetzige Vertreter des Kreises
ist Graf v. Schillens-Schliessenberg, Capitän der kon-
servativen Fraktion. Der Bezirk ist von den Freiwählern und
den Sozialdemokraten ziemlich gleichmäßig stark bedeckt.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für den dritten
berliner Wahlkreis, Kaufmann Bogner, der zur Zeit
Verhinderung wegen der Schwere der Krankheit, die ihn
erkrankete, wird durch den General von Schellens
als Ersatz bereit erklärt. Der jetzige Vertreter des Kreises
ist Graf v. Schillens-Schliessenberg, Capitän der kon-
servativen Fraktion. Der Bezirk ist von den Freiwählern und
den Sozialdemokraten ziemlich gleichmäßig stark bedeckt.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für den dritten
berliner Wahlkreis, Kaufmann Bogner, der zur Zeit
Verhinderung wegen der Schwere der Krankheit, die ihn
erkrankete, wird durch den General von Schellens
als Ersatz bereit erklärt. Der jetzige Vertreter des Kreises
ist Graf v. Schillens-Schliessenberg, Capitän der kon-
servativen Fraktion. Der Bezirk ist von den Freiwählern und
den Sozialdemokraten ziemlich gleichmäßig stark bedeckt.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für den dritten
berliner Wahlkreis, Kaufmann Bogner, der zur Zeit
Verhinderung wegen der Schwere der Krankheit, die ihn
erkrankete, wird durch den General von Schellens
als Ersatz bereit erklärt. Der jetzige Vertreter des Kreises
ist Graf v. Schillens-Schliessenberg, Capitän der kon-
servativen Fraktion. Der Bezirk ist von den Freiwählern und
den Sozialdemokraten ziemlich gleichmäßig stark bedeckt.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für den dritten
berliner Wahlkreis, Kaufmann Bogner, der zur Zeit
Verhinderung wegen der Schwere der Krankheit, die ihn
erkrankete, wird durch den General von Schellens
als Ersatz bereit erklärt. Der jetzige Vertreter des Kreises
ist Graf v. Schillens-Schliessenberg, Capitän der kon-
servativen Fraktion. Der Bezirk ist von den Freiwählern und
den Sozialdemokraten ziemlich gleichmäßig stark bedeckt.

leugnet, große Hoffnungen zu setzen. Er ist diesmal als Stadt-
verordneter-Kandidat aufgestellt worden. Seine Redegebe ist
ausreichend geeignet, ihn in die erste Reihe der „Reffen“ zu
bringen.

Schule und Kirche.

Die evangelische General-Synode, deren Einberufung
etwa am 28. Nov. erfolgen dürfte, wird sich in ihrer dies-
jährigen Tagung nach den bisherigen Bestimmungen über
folgenden Gegenständen zu beschließen haben: Zunächst soll
über die in der vorigen Landtagsession die Erhöhung der
Beamtengehälter zum Abschluss gebracht werden. Es ist für die mit
Landeshilfe durchzuführende Verbesserung der Pfarr-
gehälter über die jetzige Grenze hinaus - 3600 M. bei
25-jähriger, entsprechend weniger bei geringerer Dienstzeit - die
Grundlage festzulegen. Sodann soll die neue
Disziplinordnung geschaffen, und endlich sollen die
Verhältnisse der Kandidaten geregelt werden. Hinsichtlich
des letzten Punktes besteht die Ansicht, dass bisher nur für eine
bestimmte Zahl von Kandidaten zuzugängliche Verhältnisse für alle
obligatorisch zu machen.

Am 27. Okt. trat im Kaiserlichen Gesundheitsamt eine im
Auftrage des Reichscommissars zum Vorschlag über die
Erhöhung der Einkünfte eines Arztes zu einem für technische
Gehälter einberufenen Ausschuss zusammen. Dem Vorsitz des
Direktors jener Behörde, Wirklichen Geheimen Oberregierungs-
rath Herrn Dr. Köpfer, anwesend. Die Verhandlungen wurden
an den beiden folgenden Tagen fortgesetzt. Die Ergebnisse der
Verhandlungen, welche bis auf weiteres geheim zu halten sind,
werden zunächst von den zuständigen Behörden eingehender Er-
wägung unterzogen werden. Eine abschließende Entscheidung
darüber, ob und eventuell welche Maßregeln regierungsgemäß zu
treffen sind, um die in der Konferenz anerkannten, bei der Vor-
bildung und Ausbildung der Studierenden der Chemie zu Tage
getretenen Mängel zu beseitigen, ist in absehbarer Zeit kaum
zu erwarten. Der Ausschuss wird dabei nicht ohne Rücksicht auf
eine Steigerung nicht mehr billigt, dass also die Erhöhung weiterer
Anhalten an anderen Orten notwendig werde. Dagegen aber
sei mit Rücksicht auf seine Lage am Meer und an der Weichsel,
die Salzen- und Stromkosten und alles, was mit dem Schiffbau
zusammenhängt, ganz billig zu sein. Zur letzten Be-
schreibung der Verhandlungen wird dabei nicht ohne Rücksicht auf
eine Steigerung nicht mehr billigt, dass also die Erhöhung weiterer
Anhalten an anderen Orten notwendig werde. Dagegen aber
sei mit Rücksicht auf seine Lage am Meer und an der Weichsel,
die Salzen- und Stromkosten und alles, was mit dem Schiffbau
zusammenhängt, ganz billig zu sein.

Im Danziger Gewerbeverein hat Herr M. Kert
am 29. Okt. einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag
über die Errichtung einer technischen Hochschule in
Danzig gehalten. Derselbe wies u. a. darauf hin, dass die
Zunahme der Bevölkerung Danzigs, die dem Vortheil des
Steigerung nicht mehr billigt, dass also die Erhöhung weiterer
Anhalten an anderen Orten notwendig werde. Dagegen aber
sei mit Rücksicht auf seine Lage am Meer und an der Weichsel,
die Salzen- und Stromkosten und alles, was mit dem Schiffbau
zusammenhängt, ganz billig zu sein.

Die Vertretung an den münchener Volks-
kursen ist in diesem Semester eine noch lebhaftere als bei
den ersten Vorlesungen im verflochtenen Frühjahr. In den ersten
10 Tagen sind bereits 1688 Anmeldungen entgegengenommen
worden. Nach dem Beginn der naturwissenschaftlichen
Vorlesungen mit Vorlesungen und Experimenten. Dieser ist
dem Volks-Vorlesung-Kursen die ca. 350 Personen folgende Aula
der hiesigen Handelshochschule zur Verfügung gestellt worden, ein
sehr zweckmäßiges Lokal, das außerdem noch für Vorträge
und Demonstrationen zweckmäßig eine spezielle Einrichtung erhält.

Ein gelegentliches Begehren wird jetzt in Berlin über
einen jüngst gewählten Vorleser im Gemeindevertrath
erhalten. Der Gemeindevorstand von St. Nikolai hat
nämlich an den Gemeindevorstand von St. Nikolai
Schreiben gerichtet:

Gegen Ihre Wahl in die Gemeindevertretung von St.
Nikolai ist rechtzeitig Einspruch erhoben worden. In
den meisten Fällen behauptet. Sie hätten in einer öffentlichen
Wahlversammlung am 1. Juni nach folgende Verfügung ge-
halten: „Es ist zu beantragen, dass die Wahl der St. Nikolai
in die Kirche, und für ihn brauche die Kirche auch nicht zu
erhalten.“ Der Gemeindevorstand hat in seiner letzten
Sitzung beschlossen, bevor derselbe in die Beratung über
diesen Einspruch eintritt, Sie zu bitten, sich über die oben
berührte Verfügung zu erklären.

Das ist die öffentliche Rede, die Sie mit befehligen, wohl
gesprochen haben kann, gebe ich gern zu, doch habe ich mit
denjenigen nicht etwa eine Gleichgültigkeit gegen die evangelische
Kirche an sich, und das evangelisch-sittliche Leben überhaupt,
sondern nur einen Gegensatz gegen die zur Zeit bei uns
herrschende Richtung und ihr Verhalten auf das zur
Straftraue einer unheilvollen und vielfach schäd-
lichen Richtung zu bringen wollen. -
Wohl komme ich bei meinem Gesichte nicht oft zur Kirche,
aber ich zahle nicht nur Kirchensteuer, sondern trage auch
gerne für andere kirchliche Zwecke mein Scherlein bei, sowie
ich sonst mit meiner Frau kirchlich getraut und meine Kinder
getauft und konfirmirt sind, und wir auch die heiligen
Sakramente genießen haben. Es kann mir nach meiner
Ansicht nichts nachgelassen werden, was dem geübten Gemein-
devertrath ein Recht geben könnte, mich des Eintritts in die
Gemeindevertretung für unwürdig zu erklären.

Damals hat der Gemeindevorstand, wie Herr Sey unter
dem 27. d. M. eröffnet hat, beschlossen:

Nachdem Herr Sey ausdrücklich angegeben hat, dass er
die Worte x. d. gesprochen haben könne, erklärt der Ge-
meindevorstand, dass Herr Sey dadurch ein öffent-
liches, noch nicht durch nachträgliche Verrückung
geläutertes Verzeihen gegeben hat und beschließt, die
Wahl des Herrn Sey zum Gemeindevortrath nach § 24 der
Kirche- und Synodalordnung für ungültig zu erklären.
Dies geschah, gegen meine Befehl an den Vorstand der Kreis-
Synode Berlin II zu retrocediren.

Arbeiterbewegung.

In Berlin ist am 28. d. unter dem Namen „Industria“
eine Vertheidigungs-Gesellschaft gegen Verluste
durch Arbeitsveränderungen begründet worden. Das
Hauptziel besteht darin, die Arbeiter vor die Ver-
änderungen der Industrie zu schützen. Die Arbeiter
in den nächsten Tagen in interessanten Kreisen zur Zeichnung
aufgelegt werden.

Die Nachricht von einem heute bevorstehenden Ausbruch
von tausend Arbeitern der Schwebelstraße in Berlin
vom Verband der Berliner Schwebelstraßen in der „Volks-
zeitung“ als erfinden bezeichnet.

Geor und Marine.

Im nächstjährigen Etat der Marineverwaltung ist auch
ein weiterer, bedeutender Schritt zur Durchführung der in
Angenommenen Reorganisations des Reichsperonalis
der Marine gethan.

Der Kommandant Korvetten-Kapitän
Gering, ist am 30. d. in Grönönd angekommen und be-
absichtigt am 1. Nov. wieder in See zu gehen.

Ausland.

Zur Lage in Oesterreich.
Graf Dabini berichtet am Sonnabend mit den beiden Vice-
präsidenten. Man sucht jetzt in Regierungskreisen auf die
Abgeordneten beruhigen einzuwirken und versichert, dass am

Donnerstag der Feldzug gegen die Obstruktion mit besserem
Erfolge wieder aufgenommen werden soll. Die Reichstags-
mehrheit für Ende der laufenden Woche bevor. Wahrscheinlich
dürfte Dr. Eben hoch gewählt werden, der zu den erkrankten
Gegnern der Obstruktion gehört, obgleich sein Abgang
Diplom-Kompromissen mit der Linken jenseit. Das ganze
Jungparlament nennt Diplomat den hohen Namen der
Rechten, welcher der Partei die jüngste „parlamentarische
Schmach“ bereitet habe.

Die Bevölkerung der Stadt Hall brachte dem Abgeord.
Dr. K. R. in sein manchester Auftritte einen Erfolg. In
der Halle Mannegeverein sang vor der Wohnung
Kathrein's das „Deutsche Lied“. Eine Abordnung der Bürger-
schaft ohne Unterbrechung der Parteilichkeit wählte Kathrein
für seine Ehrenhaftigkeit und Deutschthum volle Anerkennung
ausdrücken.

Abg. Dr. Vecher, der zahlreiche Glückwünsche und Zusam-
menschließungen erhielt, wollte am Sonntag in Brinn
eintreffen. Die Versammlung der brenner Deutschervereine
beschloss, Vecher seltlich zu empfangen, und forderte die deutsche
Bevölkerung Brinn's auf, am Sonntag Vecher zu begrüßen.
Die Studentenschaft der technischen Hochschule Brinn wollte
einen Fackelzug für Vecher, die Bürgerchaft am Mittwoch einen
Festkommers veranstalten.

Der jetzige Minister M. M. n. f. hat an die „N. N. B.“
einen begeisterten Brief voll ebener Sympathien für die Deutsch-
Oesterreicher gerichtet. Darin heißt es u. a.:

Es ist für uns Reichsdeutsche eine unangenehme
Selbstmord die dieser Monarchie, dem christlichen
Wahnsinn, dem Sumpf der transatlantischen sogenannten
Liberalen und der Unternehmung derjenigen Katholiken, denen
der Adelstand über das Reich und gewiß, aufzukommen zu müssen,
aber auch nur den Versuch machen zu dürfen, zu helfen. Sie
wissen, dass wir das nicht können. Oesterreich ist, je länger
der deutsche Mitt es anzuhalten, zur Zeit noch ein großer
Staat. Die Frage seiner Zukunft wird nicht in Berlin
entschieden werden, sie liegt in Ihrer Hand. Jeder
große Staat muss sich selber retten und den Untergehenden
Hilfen nicht mittheilen, wir können nur mittheilen, wir hoffen
an ein festes und einmüthiges Ausdauern aller Verrückten
insgemein. Wie ist es nun möglich, das, was alles auf dem
Schicksal liegt, eine relativ so nebensächliche Frage, wie die
Schicksal der Semiten im Staat, die Einheit gefährdet?
Wie können deutsche Katholiken denen in Untergehenden
beistehen, das Katholizismus und Patriotismus sich nicht mit
einander vertragen und ihre Nation verlegen, wie Verurs
den Herrn? Wie kann es geschehen, dass die österreichische
Doppelstadt, die alte, deutsche Kaiserstadt Wien, so leuchtend,
vollständig und edel, in diesen Kämpfen nicht auftritt? End
einmal! Das ist das erste Wort. Und das zweite ist: End
halt!!!

Die Wiederannahme des Prozesses Dreyfus.

Während die ersten unter den pariser Wärrern die von
Scheurer-Kerner eingeleitete Campaigne zur Rehabilitirung des
auf der Teilnahme im schändlichen früheren Hauptmannes Drey-
fus ruhig erörtern und die Prüfung der im Befehle Scheurer's
befindlichen Dokumente abwarten, veranstaltet die dänische
Vollständigung ein förmliches Festreiben gegen Scheurer.
Dieser aber lehnt nähere Darlegungen vor der Öffentlichkeit
ab und begnügt sich mit der Wiederholung seiner Erklärung,
Dreyfus sei das Opfer eines furchtbaren Justizirrhums, und
er werde alles thun, damit Dreyfus sein volles Recht und eine
vollständige Rehabilitirung zu Theil werde. Die Verantwort-
lichkeit des Geschehenen ist ihm demnach eine in gewichtiger
Bedeutung und Beschuldigungen schließend nicht anzu-
wachen ist. Man begnügt sich daher anzudeuten, dass Herr
Scheurer-Kerner innerlich getauft werden sei und einen
solchen Fall der Sache Dreyfus, das man seinen Gees-
helfer der Gewinndrift nicht zu geben vermag. Wenn man
dem „Jou.“ glauben kann, wäre Scheurer durch ein Gut-
achten des Sachverständigen im Schreiben, Monod,
überzeugt worden, dass Dreyfus auf Grund gefälschter Briefe
verurtheilt wurde. Dieser Sachverständige hätte auch die
Meinung von dem Kriegsgerichte vertreten, aber die
Meinung Bertillon's, das Dreyfus der Schreiber sei, siegte.
Der „Jou.“ erinnert an den Anspruch des Generals
Sautier, welcher einen Tag nach der Verurtheilung Dreyfus
gesagt hat, man hätte auf einfache Indicien hin einen Offizier
nicht verurtheilen sollen; es wäre besser gewesen, ihn nach dem
Tode zu hängen, um sich hart tödlich zu lassen. Der
Sautier hat sich dieses Joches in den Rubelband tritt,
soll Scheurer appelliren wollen. Gewisse Journale ziehen
ganz offen Deutschland wieder in die Affäre und
behaupten abermals, Dreyfus hätte Frankreich an Deutsch-
land verrathen, wiewohl nachgehende Stellen diese Be-
hauptung bereits unmögliche male widerlegt haben.
Die Hauptsache bleibt, ob Scheurer wirkliche Beweise
oder bloß Hypothesen für seine Ueberzeugung hat. In ersterem
Falle ist nicht abzusehen, welche Folgen diese Affäre noch haben
kann. Wie aus Zürich verlautet, habe ein in Kaufmann befin-
dlicher französischer Deputirter den Vertrath, für den Dreyfus
befragt wurde, einen Landmann ein zu gehen und dieser
ihn der Familie Dreyfus veranlassen. Ebenfalls kann die
Angelegenheit zu den traurigsten unserer Tage gerechnet werden,
denn sie ist erschütternd, wie auch immer man sie auffasse. Hat
Dreyfus den Vertrath begangen, so setzen wir mit Bestimmtheit
einen angezeichneten Offizier, auf den man die größten Hoff-
nungen gesetzt hat, seine heiligen Pflichten verlegen und ein
Land verrathen, denn er hat zum letzten Mal die Hand
von Dreyfus geschworen hatte. Und wer sollte nicht an die Schuld
von Dreyfus glauben nachdem ein aus zweifelslos eben
erhaltenen, wie farblichen Mitgliedern zusammengekommen
Gericht ihn - und zwar einstimmig - verurtheilt hat?
Wer hätte denken können, dass ein aus lebensfähigsten
und sachverständigen Männern gebildetes Tribunal sich gefügt
hätte oder getäuscht worden wäre? Für Jeden, der noch nicht
alles Vertrauen zu menschlicher und professioneller Einsicht ver-
loren hatte, müsste der Depoirtirte auf der Teilnahme als
nach Recht gerichtet gelten. War das aber traurig, so war etwas
anderes vielleicht noch trauriger. Und dieses andere war die
Ungewissheit bei einem Theile der öffentlichen Meinung. Denn,
selbst am selbst bei den überzeugten und entragten An-
hängern der Ansicht, dass Dreyfus schuldig ist, drängte sich
Zeit zu Zeit ein erschütternder Zweifel durch. Er wurde schon
sehr früh laut und, wer ein materielles Verdict über sie
erinnern, das bereits in den materielles Verdict über sie
Degradation, über den Akt, der selbst für den Schändlichen der
Dank der Döle entsetzt, bei hoch zum überzeugt eigenen
Meinungen die fragwürdige Frage aufwarf: Wie? wenn diese
Erkenntnis, diese Schande, dieser Schimpf einen Un-
schuldigen getroffen haben?

Leipziger Str. 17,
Leipziger Str. 15.

Robert Plötz

Leipziger Str. 17,
Leipziger Str. 15.



Siermit setze ergebenst an, daß ich
Friedr. Funk, Nachfolger
Bunt- und Luxuspapier-Fabriken, Barmen
neben meinem Hauptgeschäfte für die Zeit vom 1. November bis 31. Dezember eine

Puppen- und Spielwaaren-Ausstellung und Verkauf

eröffne. Die angelegten Baren sind selbstverständlich auch in meinem Hauptgeschäft zu denselben Preisen zu haben. — Es empfiehlt sich, große Zaden, wie Schanckelpferde, grössere Puppen u. s. w. möglichst frühzeitig einzukaufen.
Leipziger Strasse 17, **Robert Plötz**, Leipziger Strasse 17,
Leipziger Strasse 15. **Robert Plötz**, Leipziger Strasse 15.



**Erstes
Halleches Sprach-
Institut
Methode Berlitz.**
Englisch, Französisch,
Italienisch.
Geprüfte
nationale Lehrkräfte.
Anmeldungen
nur Sternstrasse 8.
Frequenz meiner Institute:
1894-1895 57 Schüler,
1895-1896 298 "
1896-1897 472 "
R. M. Schurig.
Pageblatt in Aschersleben.
Garantirt: 5300 Auflage.
Wirksamstes Anfertigungs-Draht.

Glanz-Papiere
besten und gepresst.
78 verschiedene
geprägte Pappe
empfehlen:

Leder-Imitationen

aller Art vom gewöhnl. Chagrin (Cambrie) bis zu den feinsten Sorten
(ächt Seytogene).
Collectionen zu Diensten.

Gold und Silber etc.
glatt und gepresst.
Seiden-Brocen von
Gold-Brocen.

C. Hammer,
42 Leipzigerstr. 42.
Specialität:
Weger mit Abteller
Nr. 250.
Verkauft gegen Rück-
nahme.
Reparaturen: Geber-
einzelne 1.00, Glüh-
Beiger. Uhring 10.00

Martin Jacoby,
4 Leipziger Straße 4.
Bortemouais 810 à 1,75,
Gis.-Gint 1001 à 2,-
Wol.-Bum 100 à 5,-
empfehlen sich
von selbst.

Ende-Stoffe
zu Herren- und Knaben-Anzügen
empfehle in reichhaltiger Auswahl.

Baar-Verkauf
zu niedrigsten Kalkpreisen.

A. Wegerich,
2 Rennhäuser 2, nahe am Markt.

H. A. Pfeifer,
Mechaniker,
Halle, Leipziger Str. 2, II,
Königstr. 11, Sandberg 23, I,
Wach- und Wring-
Maschinen-Handlung.
Reparatur-Werkstatt.
G. F. u. H. e. l. l. e.
Radeb., etc. etc.

Wir nehmen Zeichnungen auf
M. 12,500,000 Actien der Gesellschaft für electriche
Hoch- und Untergrundbahnen in Berlin
zum Course von 115% sofortig entgegen.
Paul Schausell & Co.
Halle a. S., Baufachstr.

Militär-Vorbereitungs-Anstalt
Anst. concess. Erfurt, Gartenstr. 52. Sämliche Vorbereitung a. d.
Portebeck-Examen, Civil-Examen, Prämien- u. Abiturienten-Examen.
Prüfung. — Pension. — Ausfertigung. Herr Schulrat Dr. Vor-
brodt, Erfurt, sowie v. Tripplbach, Vorsteher der Anstalt.

„Thuringia“
Versicherungsgesellschaft in Erfurt,
Grundkapital: 9 Millionen Mark, Vermögensbestand: 47 Millionen
Mark, achtzehn Geschäftsjahre seit Gründung: 124 Millionen Mark,
gehört zu den ersten in Deutschland und billigen Prämien bei Feuers- u.
Sturmschadenversicherungen für die Versicherer: Feuer- u. Sturmversicherung auf
Gebäude und deren Inhalt, Lebensversicherung, Unfallver-
sicherung und Transportversicherung.
Auskunft ertheilt und zur Aufnahme von Versicherungen empfiehlt sich
Die General-Agentur
Julius Becker, Bankgeschäft,
Martinsberg 9, Fernsprecher 453.

Gustav Spenner
Weingrosshandlung, Halle a. S., Schmeerstrasse 11.
*** Weine ***

offerire zu folgenden billigem Preise:
Hardt- u. Moselwein die ganze Flasche 55 Pf., 75 Pf. u. 1 Mk.
Rheinwein die ganze Flasche Mk. 1, Mk. 1,25 u. 1,50 Mk.
Rothwein „ „ 75 Pf., 1 Mk., 1,25, 1,50, 1,75 u. 2 Mk.
Medicinalweine „ die ganze Flasche 1,25, 1,60 u. 2 Mk.
Deutsche Champagner
die ganze Flasche Drei-Kaiser-Seet 1,50 Mark
„ „ „ Germania-Seet 1,80 „
„ „ „ Kupferberg-Gold 3,25 „
„ „ „ Silber 2,80 „
„ „ „ Kupfer 2,50 „
Südweine
die ganze Flasche Portwein Mk. 1,60, old Sherry 1,80, Madeira Mk. 1,75,
Malaga 2 Mk.
Garantirt echten Kingston-Rum
die Liter-Flasche No. 1 Mk. 3,50, No. II Liter-Flasche Mk. 4,
No. III Liter-Flasche 5,25 Mk.
Garantirt echten französischen Cognac
die ganze Flasche 1 Stern Mk. 2,25, 2 Stern Mk. 3,50, 3 Stern 4 Mk.
Deutschen Cognac und Rum die Liter-Flasche 1,75 Mk.
**Sämmtliche Weine entsprechen vollständig dem Nah-
rangsmittel-Gesetze, wofür ich volle Garantie übernehme.**
Kisten, Flaschen und Packung wird nicht berechnet.

Adolf Sternfeld,
Wäsche-Fabrik,
Halle a. S., Kleinschmeden 6,
Eingang nur Gr. Steinstrasse.

Die rühmlichst bekannten
Schuhfabrikate
Otto Herz & Co.
sind zu haben bei
C. Buchalla
Gr. Steinfr. 11.
Diese Marke ist auch der besseren Herrenschuhfabrik
worin zu empfehlen.

Gänzlicher Ausverkauf.
Verkaufe fortwährend mit 30% Preisermäßigung:
Glas-, Porzellan- u. Luxus-Gegenstände jeder Art.
E. Andr. vorm. Apel Nachf., Gr. Märkerstraße 21.

Hufeisen H. Stollen (Patent Neuss)
Stets scharf Kromantitt unmöglich
Das einzig Praktische für glatte Fahrbahnen
Vorsicht! Um vor verbleibem Nachahmungen zu
schützen, versehen wir jetzt jeden einzelnen unserer
H-Stollen mit nebenstehender Schutzmarke. Man achte
hierauf beim Einkauf!
Freilisten und Zeugnisse gratis und franco.
Leonhardt & Co.
Berlin N.W., Schiffbauerdamm 3.

Jedermann sein eigener Drucker.
Nachhalt!

Beste Briefe
Typen-Druckerei
a. h. f. Berlin u. Leipzig, Wittenberg,
Güterstr. 11, Wittenberg, a. h. f. Witten-
berg etc. Die letzte Ausstattung und
besten Briefe sind in Deutschland und
in Europa, e. h. Drucker zu haben,
dann nach Berlin, Halle, Leipzig u.
Wittenberg, Berlin, Leipzig, Halle, etc.
komplette Drucker mit alle Bedienung
mehrerer Typen, etc. 1. m. 1200 Mark
No. 250, No. 2 m. 170 Mark No. 300,
No. 3 m. 250 Mark No. 4 m. 300 Mark
No. 500 Mark No. 500, No. 5 m. 300 Mark
No. 7, 7, 7, 7, 7, 7, 7, 7, 7, 7, 7, 7,
Glas. Nr. 1, 1, 1, 1, 1, 1, 1, 1, 1, 1,
Reinhardt 55.

Die besten
gebrauchsfertigen extra Ia.
Hart-
kopf-
Glühkörper
direkt aus der Glühstrumpfabrik von
Paul E. Droop, Chemnitz,
viel billiger.
10 Stück 4.50, 50 Stück 21
franco Nachnahme, 2 Stück gegen 1.50
Briefmarken. Wiederverkäufer Rabatt.
Weines mobilisierendes Brot à 10.10-3
emp. Väterer D. Onno, Wörthstraße 4.

**Große
Schirm-Auction.**
Dienstag den 2. d. M. von Vorm.
10 Uhr ab veräußere ich im
Central-Hotel (Bahnhofstr.) mehr-
tend neuen Schirm-Auction:
1 gr. Böden hoch, ledene, halbe-
seidene u. wollene Bequemstühle,
Händschirme, etc. etc. etc. etc.
Kistene, 1 gr. Eisenkiste.
J. Stemmler, vereid. Auctionator.

Die Expeditionen der Halle-Zeitung
bestehen bei
Gr. Berlin, Neue Poststraße 1 und
Markt 24 (Wagenkühne).